

Sitzung vom 28. August 2013 / Geschäft Nr. 3.1

Bericht und Antrag

Motion Heinz Buser und Mitunterzeichnende betreffend "Energie sparen ja – aber effizient"; Erheblicherklärung

1. Ausgangslage

Am 24. April 2013 hat Heinz Buser folgende Motion eingereicht:

"Der Gemeinderat wird beauftragt, bei allen grösseren Vorhaben, bei welchen besonderer Aufwand für energetische Massnahmen irgendwelcher Art betrieben wird, Transparenz zu schaffen. Es ist für die Entscheidungsfindung überschlagsmässig aufzuzeigen, mit welchem Aufwand welcher Nutzen erzielt werden soll. Das Ergebnis ist in kalkulierbaren und vergleichbaren Werten, zum Beispiel Vermeidungskosten pro t CO₂, oder anderen anerkannten Werten auszuweisen. Soweit sinnvoll sind auch Abstufungen aufzuzeigen und vorzulegen. Alternativ ist der Zukauf von Zertifikaten als Messgrösse in die Überlegungen mit einzubeziehen.

1. Begründung

Der Klimawandel wegen CO₂-Ausstoss und das Verbrauchen von nicht erneuerbaren Energien sind zentrale Themen – besonders auch für die Energiestadt Zollikofen. Klimaschutz darf ruhig etwas kosten. Da die Mittel dafür jedoch limitiert sind, sollten sie so eingesetzt werden, dass damit ein möglichst grosser Beitrag zum Klimaschutz erzielt werden kann. Wichtig sind dabei vor allem zwei Punkte:

- *Kennen von Aufwand und Nutzen, das heisst, Transparenz schaffen für die Entscheidungsträger (GR, GGR, Bürger), damit diese in die Lage versetzt werden, die Mittel auch richtig und mit möglichst hohem Nutzen einzusetzen. Damit können "Blindflüge" und "Bauchentscheide" mit hohen Kosten und geringem Nutzen vermieden werden.*
- *Mut zu 80 %-Lösungen. Oft kann mit relativ wenig Aufwand (20 Prozent) ein grosser (80 Prozent), aber nicht maximaler (100 Prozent) Nutzen erzielt werden. Um den maximalen Nutzen (+ 20 Prozent) zu erzielen, müssen dann weitere 80 Prozent Aufwand betrieben werden. Dem Klimaschutz wäre weit mehr gedient, wenn mit den gleichen Kosten fünf einzelne 80-Prozent-Projekte anstatt ein 100-Prozent-Projekt realisiert werden würde. Der heutige Perfektionismus und ideologische Haltungen führen leider oft zu 100-Prozent-Lösungen mit nicht optimalem Nutzen für das Klima und damit zu Mittelverschwendung.*

Schlechtes Gewissen und Unkenntnis von Kosten und Nutzen, respektive von Alternativen führen auch in Zollikofen zu fragwürdigen Energiesparvorhaben, bei welchen mit viel Aufwand wenig Nutzen erzielt wird.

Die Stiftung Klimarappen, welche die Mittel aus dem Klimarappen verteilt, wendet zum Beispiel 60 Prozent für CO₂-Reduktionsmassnahmen in der Schweiz und 40 Prozent für Massnahmen im Ausland auf. Im Inland konnten damit 2 Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden, im

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Baumann Beat	07.08.2013	g:\00_daten\01_präsidentiales\001_zd\0090_ggr\0093_sitzungen\2013\130828\13_b+u_mo_buser_energie_sparen ant ggr.docx	12.08.2013 14:36 / jw	1.5	1 von 4

Ausland waren es 15 Mio. Tonnen. Das heisst, mit gleichem Geld könnte man im Ausland einen elfmal höheren Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten als in der Schweiz.

Die Holzschnitzelheizung für den Wärmeverbund Zollikofen Nord verursacht jährliche Mehrkosten von Fr. 50'000.00. Damit werden 240 Tonnen CO₂ eingespart. Um eine Tonne CO₂ einzusparen, wenden wir also Fr. 240.00 auf. Mit dem Kauf von Zertifikaten à Fr. 10.00 könnte Zollikofen einen fast 25 Mal höheren Beitrag zum Klima leisten als mit der Holzschnitzelanlage. Andere Überlegungen spielen allerdings auch noch eine Rolle und sind mit einzubeziehen.

Es geht keinesfalls darum, Energiesparmassnahmen zu torpedieren, sondern den Entscheidungsträgern transparente Informationen zur Verfügung zu stellen. Nur damit können die vorhandenen Mittel effizient und sachlich begründbar eingesetzt werden. Der Bürger hat Anspruch auf diese Transparenz, damit er informiert mitreden kann.

2. Zusatzinformationen zu CO₂

Es ist nützlich, bei unseren CO₂-Diskussionen die Dimensionen im Auge zu behalten. Anmerkung: alle Angaben pro Jahr und gerundet.

- Der gesamte CO₂-Ausstoss in der Schweiz beträgt 50 Mio. t, davon 10 Mio. t durch den Motorfahrzeugverkehr.
- Ein einziges mittleres Kohlekraftwerk stösst pro Jahr 10 Mio. t CO₂ aus, das heisst, so viel wie der gesamte schweizerische Motorfahrzeugverkehr.
- Das grösste deutsche Kohlekraftwerk stösst 23 Mio. t CO₂ aus. 42 Prozent des Stroms wird in Deutschland durch Kohlekraftwerke erzeugt. Erneuerbare Energien trugen 2011 16,5 Prozent bei (in der Schweiz über 50 Prozent).
- In Deutschland sind gegenwärtig 22 neue kleinere und mittlere Kohlekraftwerke im Bau.
- Das weltweit grösste Kohlekraftwerk (Taiwan) stösst 48 Mio. t CO₂ aus, fast gleichviel wie die gesamte Schweiz.
- Indien hat in den letzten sechs Jahren 50 neue Kohlekraftwerke in Betrieb genommen und China hängt seit einigen Jahren alle vier bis fünf Wochen ein neues Kohlekraftwerk ans Netz (Aussage des CEO ewb).
- Durch die Abfackelung von 170 Mia. m³ Methan bei der Erdölförderung werden weltweit 340 Mio. t CO₂ produziert.
- Der CO₂-Ausstoss weltweit betrug 2011 33 Mia. t, davon China 8,2 Mia t und USA 5,5 Mia. t. Der Anteil der Schweiz betrug 0,15 Prozent.
- Der CO₂-Ausstoss nahm weltweit von 2011 auf 2012 um 1 Mia. t zu. Das heisst, würde der CH-Motorfahrzeugverkehr CO₂-frei betrieben (minus 10 Mio. t) würde dies innert vier Tagen nur von der weltweiten Zunahme kompensiert.

Diese Zahlen sollen uns nicht entmutigen etwas zu tun. Aber über den Effekt, den wir mit unseren kostspieligen Anstrengungen erzielen, sollten wir uns keine Illusionen machen. Und die Frage ob Vermeidungskosten von mehr als Fr. 120.00 pro t CO₂ in der Schweiz wirklich sinnvoll sind, muss gestellt und beantwortet werden."

2. Rechtsgrundlagen

Gemeindeverfassung (SSGZ 101.1) Art. 49.

3. Antwort

Der Gemeinderat strebt grundsätzlich eine nachhaltige Entwicklung gestützt auf die Definition der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (1983 durch UNO gegründet) an. Diese so genannte "Brundtland-Kommission" hielt 1987 fest, dass eine Entwicklung, die die Be-

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Baumann Beat	07.08.2013	g:\00_daten\01_präsidentiales\001_zd\0090_ggr\0093_sitzungen\2013\130828\13_b+u_mo_buser_energie_sparen ant ggr.docx	12.08.2013 14:36 / jw	1.5	2 von 4

dürfnisse der Gegenwart befriedige, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen könnten, nachhaltig sei. Der entsprechende Bericht betont die Vernetztheit von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Vorgängen und bildet die Grundlage des Konzepts mit den entsprechenden drei Dimensionen. Die Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft sind dabei gleichwertig zu betrachten und keiner der drei Bereiche sollte stärker beansprucht werden als ein anderer.

Der Gemeinderat ist immer bestrebt dem Grossen Gemeinderat ausgewogene und transparente Vorlagen zu unterbreiten. Dabei gilt es zu beachten, dass der Bereich Umwelt nicht nur auf den Klimaschutz (CO₂-Problematik) reduziert werden kann.

Der Umweltschutz in der Schweiz hat zum Zweck, Menschen, Tiere und Pflanzen gegen schädliche oder lästige Einwirkungen zu schützen. Das Vorsorgeprinzip besagt, dass Einwirkungen, welche schädlich oder lästig werden können, frühzeitig zu begrenzen sind.¹ Der Umweltschutzbegriff muss dementsprechend umfassend betrachtet werden und beinhaltet neben dem Klimaschutz unter anderem auch die Aspekte Luft, Lärm, Licht, Stoffe, Abfälle und Bodenbelastungen.

Der Kauf von CO₂-Zertifikaten ist für den Gemeinderat keine echte Alternative zur Verminderung des CO₂-Ausstosses vor Ort. Mit der Unterstützung von Projekten im Ausland an Stelle der entsprechenden lokalen Massnahmen wird das Vorsorgeprinzip missachtet, welches möglichst geringe Emissionen an der Quelle verlangt. Kompensationsangebote können höchstens zweite Wahl sein, wenn die entsprechende Massnahme vor Ort nicht möglich ist.

Am Beispiel Holzschnitzelheizung für den Wärmeverbund bedeutet dies folgendes: Eine zentrale und dank Filtertechnik schadstoffarme Heizung ersetzt viele kleine Feuerungen. Bei der Verbrennung entstehen nebst dem klimaschädigenden CO₂ auch weitere Schadstoffe, welche ihre Auswirkungen lokal entfalten. Durch den Weiterbetrieb dieser im Vergleich zur Zentralheizung ineffizienten Feuerung bliebe die Schadstoffbelastung unverändert. Dank der zentralen Heizung des Wärmeverbundes können diese Auswirkungen in Zollikofen gesenkt werden. Nebst der global wirkenden CO₂-Reduktion kann also auch lokal eine Verbesserung der Umweltsituation erzielt werden.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass mit den lokalen Massnahmen eine global nur unbedeutende Verbesserung erreicht werden kann. Dies soll aber nicht von der Verpflichtung der Vorsorge jedes Einzelnen entbinden. Die Gemeinde muss sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sein, entsprechend handeln und eine Vorreiterrolle einnehmen. Dies sieht auch das international tätige Beratungsunternehmen "First Climate" so: *"Die Gemeinden spielen bei der weiteren Reduktion der Treibhausgasemissionen in der Schweiz eine zentrale Rolle. Es gilt, die Energieeffizienz und den Anteil der erneuerbaren Energien kontinuierlich zu steigern."*

Es ist zudem auch in der Fachwelt umstritten, ob die Kompensation mittels der CO₂-Zertifikate die erwünschte Wirkung erzielt. Erstens ist die Kompensation keine Lenkungsabgabe, das heisst, sie trägt in keiner Weise zu einer lokal umweltschonenderen Entwicklung bei. Zweitens ist es bestritten, inwieweit der Kompensationsbeitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung im betroffenen Land beiträgt. Es gibt Studien², die aufzeigen, dass gerade mal 20 % des Zertifikatspreises direkt den Projekten zu Gute kommt. Zudem werden zum Teil fragwürdige Projekte wie zum Beispiel Aufforstungsprojekte, bei denen niemand garantieren kann, dass das CO₂ dauerhaft gespeichert bleibt, unterstützt.

Aus den oben genannten Gründen lehnt der Gemeinderat die Forderung der Motion ab. Er ist aber bereit, bei zukünftigen Vorhaben die Auswirkungen auf die drei Nachhaltigkeitsbereiche explizit aufzuzeigen. Bei grossen und komplexen Vorhaben kann dazu der Berner Nachhaltigkeitskompass angewendet werden, wie dies beispielsweise bei der Variantenwahl "Verwaltungsgebäude" geschehen ist.

¹ Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 7. Oktober 1983 (USG, SR 814.01)

² z.B. Michaelowa, Axel, Michaelowa, Katharina (2007): Does climate policy promote development?, in: Climatic Change

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Baumann Beat	07.08.2013	g:\00_daten\01_präsidentiales\001_zd\0090_ggr\0093_sitzungen\2013\130828\13_b+u_mo_buser_energie_sparen ant ggr.docx	12.08.2013 14:36 / jw	1.5	3 von 4

Sofern der Motionstext keinerlei Verpflichtungen betreffend Zukauf von CO2-Zertifikaten enthalten würde, wäre der Gemeinderat bereit, die Motion entgegen zu nehmen.

4. Antrag

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, zu

beschliessen:

Die Motion Heinz Buser und Mitunterzeichnende wird nicht erheblich erklärt.

Zollikofen, 5. August 2013

GEMEINDERAT ZOLLIKOFEN

Daniel Bichsel
Präsident

Roland Gatschet
Sekretär

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Baumann Beat	07.08.2013	g:\00_daten\01_präsidiales\001_zd\0090_ggr\0093_sitzungen\2013\130828\13_b+_mo_buser_energie_sparen ant ggr.docx	12.08.2013 14:36 / jw	1.5	4 von 4